

**Rede des  
Niedersächsischen Ministerpräsidenten Christian Wulff  
anlässlich  
des Frühlingsempfanges der Gemeinde Stuhr  
am 28. März 2010, 11.00 Uhr, Ratssaal der Gemeinde, Stuhr**

(Es gilt das gesprochene Wort!)

**I. Begrüßung**

Anrede,

Herr Bockhop, vielen Dank für die Einladung zum Frühlingsempfang der Gemeinde Stuhr. Besonders freut mich, dass im Rahmen dieses Empfangs mehrere Bürgerinnen und Bürger für ihr ehrenamtliches Engagement mit dem „Stuher Wolf“ ausgezeichnet werden.

Unter den Gästen befinden sich weitere zahlreiche Engagierte. Das ist gut so, denn die öffentliche Wertschätzung und Anerkennung ist ein wichtiges Signal.

Ich möchte mich auch im Namen der Landesregierung bei Ihnen allen für Ihren freiwilligen Einsatz bedanken.

Bürgermeister Bockhop hat in diesem Jahr außerdem Wahlhelferinnen und Wahlhelfer hinzugeladen, ohne deren Einsatz demokratische Wahlen nicht durchführbar wären. In der Öffentlichkeit spielt dieses wichtige Engagement eher eine Nebenrolle, deshalb ist es eine hervorragende Idee gewesen, Vertreterinnen und Vertreter dieses Engagementbereiches einmal besonders herauszuheben. Auch Ihnen möchte ich für Ihren Einsatz herzlich danken.

**II. Erste Ergebnisse des bundesweiten Freiwilligensurvey 2009**

Anrede,

für viele Bürgerinnen und Bürger gehört das bürgerschaftliche Engagement zum Alltag dazu. Ich kann diese Wahrnehmung mit ganz aktuellen Zahlen belegen, die im Rahmen des 3.

Freiwilligensurvey im Auftrage des Bundesfamilienministeriums bundesweit ermittelt wurden.  
Die Niedersachsen sind danach Spitze beim freiwilligen Engagement.

2,8 Millionen Bürgerinnen und Bürger sind in Niedersachsen unentgeltlich in ihrer Freizeit bürgerschaftlich tätig. Dies sind 41 Prozent aller Niedersachsen ab 14 Jahren.

Damit liegt Niedersachsen gemeinsam mit Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz auf Platz 1. Auf dieses Ergebnis können alle Niedersachsen stolz sein, die sich engagieren und die dieses Engagement im Land in vielfältiger Weise unterstützen.

Besonders bemerkenswert ist der Entwicklungsprozess. So stieg die Engagementquote zwischen 1999 und 2009 um 10 %-Punkte. Dies ist mit Abstand der größte Zuwachs im Vergleich mit allen Bundesländern. Der beeindruckende Entwicklungsverlauf belegt, dass das bürgerschaftliche Engagement in den vergangenen zehn Jahren an Stellenwert in der Gesellschaft gewonnen hat.

Mit mehr als 41 % erzielt die Altersgruppe der 30- bis 49-Jährigen bundesweit eine überdurchschnittliche Engagementquote.

Interessant ist weiterhin, dass in den vergangenen zehn Jahren das freiwillige Engagement in der Altersgruppe 60 Jahre und älter, mit über 5 %-Punkten am stärksten gestiegen ist. Diese Altersgruppe engagiert sich dabei besonders in den Bereichen Soziales, Pflege und Betreuung.

Entgegen mancher öffentlichen Einschätzung ist das Engagement der jungen Menschen, konkret der Altersgruppe zwischen 14 und 20 Jahren, mit 36 % bundesweit sehr beachtlich. Die Ergebnisse des 3. Freiwilligensurvey widerlegen somit das Vorurteil von der „Null-Bock-Generation“, wonach sich die jüngere Generation nicht für die Belange ihres unmittelbaren Lebensumfeldes interessieren würde. Die grundsätzliche Bereitschaft zum Engagement kann ich noch mit einem weiteren Ergebnis belegen. Bundesweit haben zu den 14- bis 24-jährigen Engagierten zusätzlich 16 Prozent eine große Bereitschaft und weitere 33 Prozent eine eventuelle Bereitschaft zur Übernahme einer freiwilligen Tätigkeit bekundet.

Weiterhin bleiben wesentliche Motive für die Aufnahme eines Engagements, dass ein großer Teil der Befragten ihren Wohn- und Lebensbereich mitgestalten und sich für die Dinge, die gemacht werden müssen, persönlich einsetzen wollen.

Daran gilt es verstärkt anzuknüpfen und mit adressatengerechten Angeboten weitere Bürgerinnen und Bürger für ein freiwilliges Engagement zu gewinnen.

Zur Unterstützung dieses wichtigen Anliegens wird die Landesregierung die niedersächsischen Ergebnisse des Freiwilligensurvey 2009 auswerten lassen und die Studie im September der

Öffentlichkeit präsentieren. Sie soll wichtige Hinweise über die Schwerpunkte der zukünftigen Förderpraxis geben.

### **III. Die aktive Bürgergesellschaft gestaltet die Zukunft**

Anrede,

eine solche Veranstaltung gibt mir die Möglichkeit, grundsätzlicher auf das bürgerschaftliche Engagement in unserer Zeit eingehen zu können. Hier bei Ihnen bin ich ja in einem Kreis von aktiven Förderern der Bürgergesellschaft. Aber die Bereitschaft zur Verantwortungsübernahme und Mitgestaltung ist keine Selbstverständlichkeit. Hierfür muss geworben werden und beispielsweise eine Veranstaltung wie die heutige, die Engagierte würdigt und auszeichnet, trägt mit dazu bei, dass das Interesse bei weiteren Bürgerinnen und Bürgern für die Aufnahme eines bürgerschaftlichen Engagements geweckt wird.

Die Kommune oder der Stadtteil ist der wesentliche Ort für das bürgerschaftliche Engagement, weil dort die Initiativen ergriffen und für Problemlagen die konkreten Lösungen gefunden und umgesetzt werden müssen. Auf dieses Engagement seiner Bürgerinnen und Bürger ist unser demokratisches Gemeinwesen angewiesen.

Das bürgerschaftliche Engagement hat aber erst seit einigen Jahren wieder eine stärkere Wahrnehmung in der Öffentlichkeit erreicht.

In Zeiten wirtschaftlicher Prosperität und wirtschaftlichen Wachstums ist in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts die Zuständigkeit des Staates stetig ausgeweitet worden. Trotz Mahnungen und anders lautender Beteuerungen haben alle Parteien diese Linie verfolgt.

Das Sozialstaatsgebot unseres Grundgesetzes, die Verpflichtung des Staates, für vergleichbare Lebensverhältnisse in ganz Deutschland zu sorgen, das Bestreben, die sozialen Leistungen und die Fürsorge für den Einzelnen zu verbessern, waren und bleiben wichtige Grundpfeiler unserer Politik.

Ich will mich als Ministerpräsident des Landes Niedersachsen meiner Verantwortung stellen, die Handlungsmöglichkeiten des Staates nicht nur zu bewahren, sondern auszubauen, zum Wohle aller Menschen, die heute in diesem Land leben und wirtschaften, und zum Wohle der nachfolgenden Generationen.

Heute, da wir den Sozialstaat an das 21. Jahrhundert anpassen müssen, steht der Grundsatz der Subsidiarität wieder deutlicher im Vordergrund: Der Staat soll nur solche Aufgaben übernehmen, zu deren Wahrnehmung der Einzelne nicht in der Lage ist. Wir können nicht gegen alle individuellen Gefährdungen des Lebens neue Gesetze erlassen. Die Festlegung des Umfangs der notwendigen staatlichen Leistungen erfordert von den Bürgerinnen und Bürgern ein Verständnis, in das persönliche Verhalten auch das allgemeine Interesse einzubeziehen. Nach diesem Grundsatz müssen wir den Bürgerinnen und Bürgern wieder die Gestaltungsspielräume zurückgeben, die sie benötigen, um ihr Leben eigenverantwortlich in die Hand zu nehmen.

Nur dann werden wir auch in der Lage sein, weiterhin eine sozial gerechte Gesellschaft sicherzustellen, um denen helfen zu können, die auf die Unterstützung angewiesen sind.

Aus finanzpolitischen Gründen brauchen wir eine nachhaltige Politik, weil wir nicht weniger, sondern eher mehr Spielraum für die zukünftige Gestaltung unserer Gesellschaft brauchen. Die zu bewältigenden Probleme werden nicht geringer, sondern eher komplexer.

Nach meiner Auffassung müssen wir uns von einem überzogenen Verständnis einer Allzuständigkeit der Politik beziehungsweise des Staates verabschieden, wonach kein Bedürfnis, kein Interesse irgendeiner Gruppe, und sei es noch so einseitig, nicht früher oder später Anspruch auf materielle Berücksichtigung hätte.

Denn wir benötigen eine niedrigere Staatsquote und eine niedrigere Steuer- und Abgabenquote - durch Ausgabenrückführung und nicht durch Steuererhöhungen.

Dies bedarf natürlich der Flankierung durch entsprechende Maßnahmen auf Bundesebene, und in dieser Hinsicht wünsche ich mir die erforderliche Unterstützung.

Im Vordergrund muss stehen, wie wir unser Land für die Zukunft fit machen können. Dabei muss sich der Staat auf wichtige Aufgaben konzentrieren. Damit wünschenswerte Aktivitäten organisiert und bürgernah durchgeführt werden, brauchen wir eine deutliche Aufwertung und Verstärkung des bürgerschaftlichen Engagements.

Dabei geht es für mich vor allem darum, die Verantwortung des Einzelnen für das Gemeinwohl zu stärken, ihm Chancen zu bieten, sich in seinem Umfeld zu engagieren, seine Ideen, seine Kreativität, seine Zeit und seine Erfahrungen einzubringen, auch und gerade zum Wohle anderer. Und daraus erwächst ja auch Bestätigung für sich selbst – Max Frisch hat das Fehlen

dieser Erfahrung einmal kritisch in dem Satz formuliert: „Die Meisten verwechseln Dabeisein mit Erleben.“

Erleben setzt voraus, dass ich meine Umwelt und meine Mitmenschen mit einer inneren Zuwendung erfahre und an den Geschehnissen teilhabe, mich für deren Fortgang engagiere. Engagierte Bürgerinnen und Bürger bleiben keine Zuschauer, sondern sie beteiligen sich und gestalten mit.

Das Mitgestalten, das "sich mit einbringen", praktizieren Bürgerinnen und Bürger mit den eigenen Ideen, mit Zeit und ehrenamtlicher Tätigkeit in Projekten.

Wer sich für das Gemeinwohl engagiert, leistet nicht nur etwas für andere, sondern er hat auch selbst etwas davon. Die Aktiven erklären mir immer wieder, dass sie bei ihrem Engagement interessante Kontakte knüpfen, neue Eindrücke gewinnen, die hilfreich für ihren Alltag sind, und dass Freude und Spaß ebenfalls nicht zu kurz kommen. Die Engagierten gehen somit viel lockerer an die freiwillige Tätigkeit heran als es manchmal dargestellt wird. Ich kann mir auch nicht vorstellen, dass sich so viele Menschen in ihrer Freizeit für das Gemeinwohl engagieren, wenn es dort ausschließlich um Verpflichtungen ginge und die Belastungen im Vordergrund stehen würden.

Die Freude und der positive Gewinn für die Aktiven sind auch überzeugende Gründe, um die junge Generation für bürgerschaftliches Engagement zu gewinnen.

Wir müssen deshalb die bürgerschaftlichen Tugenden gebührend würdigen. Aus der positiven Bestärkung und Anerkennung erwachsen nach meiner Überzeugung am ehesten das Engagement und der Mut, um sich im Alltag für Mitmenschen einzusetzen oder für die Anforderungen der Gemeinde einzutreten.

Für mich ist klar, dass der überwiegende Teil unserer Bürger eine Ellenbogengesellschaft ablehnt. Wir leben zwar in einer Zeit großer Veränderungen und dabei unterliegen auch gesellschaftliche Werte einem Wandel.

Auf der anderen Seite sind aber auch die Bindekräfte der Gesellschaft nicht zu unterschätzen, die sich in den letzten fünfzig Jahren in unserem Land ausgebildet haben. Dieses „soziale Kapital“ muss im Interesse der nachfolgenden Generationen weiter erhalten und ausgebaut werden.

Die bisherigen bundesweiten Untersuchungen 1999 und 2004 haben der niedersächsischen Landesregierung wichtige Hinweise für eine zielgerichtete Förderpraxis gegeben. Wir haben

beim Ausbau der Rahmenbedingungen bewusst an den Interessen der Engagierten angeknüpft.

Der niedersächsische Weg mag bei der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements nicht besonders spektakulär sein, weil wir bewusst auf medienwirksame Einzelmaßnahmen verzichtet haben und stattdessen der kontinuierliche Ausbau der vorhandenen Strukturen und Maßnahmen auf der kommunalen Ebene erfolgte.

Die aktuellen Zahlen des Freiwilligensurvey 2009, aus dem ich zu Beginn einige Ergebnisse vorgestellt habe, belegen, dass die Maßnahmen der Landesregierung, der niedersächsischen Kommunen und der zahlreichen Trägerorganisationen sehr erfolgreich waren, sodass Niedersachsen beim bundesweiten Vergleich nunmehr an der Spitze steht.

Bürgerschaftliches Engagement ist aber ein flüchtiges Gut, es muss deshalb gepflegt und gefestigt werden. Trotz der insgesamt positiven Entwicklung müssen sich deshalb alle Akteure auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene und bei den Trägerorganisationen weiterhin um die Verbesserung der Rahmenbedingungen bemühen. Die Aktiven erwarten beispielsweise von der Politik und der öffentlichen Verwaltung weiterhin eine Unterstützung bei ihrer Tätigkeit. Sie möchten bei ihrem Engagement auch auf keine bürokratischen Hemmnisse stoßen.

Allerdings, darauf muss ich ebenfalls hinweisen, kann der Staat oder eine Landesregierung nur für fördernde Rahmenbedingungen zuständig sein, denn die Entscheidung für ein Engagement soll und muss auch zukünftig von jeder Person selbst getroffen werden.

#### **IV. Anerkennung des ehrenamtlichen Engagements**

Anrede,

die Niedersächsische Landesregierung hat seit ihrer Regierungsübernahme das bürgerschaftliche Engagement gefördert. Beispielhaft möchte ich auf die finanziellen Hilfen für den karitativen Bereich, für die Sportverbände, das Rettungswesen, die Freiwilligen Feuerwehren und den kulturellen Bereich hinweisen. Dies hat zu einem breiten Spektrum von bürgerschaftlichen Aktivitäten geführt, was für den weiteren Ausbau einer sozialen und lebenswerten Gesellschaft unentbehrlich geworden ist. Auf einige wesentliche Initiativen der Landesregierung möchte ich noch hinweisen, die unseren niedersächsischen Weg verdeutlichen.

So haben wir im Juni 2003 den „**Freiwilligenserver**“ im Internet gestartet. Über 30.000 Vereine, Selbsthilfegruppen und Initiativen sind dort gespeichert und geben Auskunft über Mitwirkungsmöglichkeiten. Es erleichtert damit die Kontaktaufnahme ganz entscheidend und dies ist von jedem internetgestützten PC aus möglich. Der Erfolg des "Freiwilligenservers" zeigt sich an der beeindruckenden Zahl von rund 270.000 Nutzern im Monat.

Zum 1. Oktober 2003 haben wir den **Haftpflicht- und Unfallversicherungsschutz** für freiwillig Tätige entscheidend verbessert. Niedersachsen war im Bundesgebiet das zweite Bundesland, das bestehende Lücken beim Versicherungsschutz geschlossen hat.

Dies war ein wichtiger Schritt, um die Sicherheit beim freiwilligen Engagement zu verbessern.

Um die Wertschätzung und die öffentliche Anerkennung zu fördern, ist im Jahre 2004 der „**Niedersachsenpreis für Bürgerengagement**“ ausgelobt worden. Damit sollen die vielfältigen Aktivitäten in unserem Land gewürdigt und stärker ins Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt werden. In den vergangenen sechs Jahren haben sich über 3.000 Einzelpersonen, Vereine, Initiativen und Selbsthilfegruppen am Wettbewerb beteiligt.

Im Jahr 2005 hat die Landesregierung eine „**Stiftungsdatenbank**“ im Internet eingerichtet, die eine öffentlich zugängliche Übersicht über die niedersächsischen Stiftungen enthält. Bisher sind dort 1.488 Stiftungen erfasst worden. Stiftungen finanzieren zunehmend bürgerschaftliche Projekte. Es ist deshalb wichtig, dass sich Initiativen, Vereine und Selbsthilfegruppen über Stiftungen informieren und im Bedarfsfall mit ihnen in Kontakt treten können.

Ebenfalls seit 2005 gibt es einen landesweiten „**Kompetenznachweis**“. Damit wird das freiwillige Engagement dokumentiert und die erworbenen Kenntnisse, Fertigkeiten und Qualifikationen sichtbar gemacht. Dieser Nachweis - in Form einer attraktiven Urkunde - ist eine Gemeinschaftsinitiative der Landesregierung und des „Niedersachsen-Rings“, dem landesweiten Netzwerk, in dem alle relevanten Organisationen, Verbände und Initiativen in Niedersachsen zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements zusammen arbeiten.

Mit der Einrichtung der **Freiwilligenakademie Niedersachsen** wurden Qualifizierungsangebote für Ehrenamtliche unterstützt. Dazu haben sich über 30 Erwachsenenbildungsinstitutionen in Niedersachsen zusammengeschlossen. So ist sichergestellt, dass landesweit Qualifizierungsangebote für Engagierte angeboten werden können.

Die Landesregierung unterstützt mit dem Projekt „**Engagement-Lotsen für Ehrenamtliche in Niedersachsen**“ (ELFEN) die Kommunen. Damit sollen die Strukturen für die ehrenamtliche Arbeit vor Ort ausgebaut und gestärkt werden.

Auf Kosten des Landes werden von den Kommunen ausgesuchte Persönlichkeiten qualifiziert, die in den Städten und Gemeinden neue Wege des bürgerschaftlichen Engagements identifizieren und fördern sollen.

Ab 2008 wurde landesweit mit dem Aufbau von „**Seniorenservicebüros**“ begonnen. Es ist eine weitere Initiative, die im produktiven Zusammenspiel von hauptamtlicher Arbeit und ehrenamtlicher Tätigkeit eine wichtige Anlauf-, Beratungs- und Koordinierungsstelle für ältere Menschen darstellt.

Ein weiteres Mentorenprojekt „**Erziehungslotsen – Ein Projekt für Familien in Niedersachsen**“ befindet sich im Aufbau. Die Erziehungslotsen sind als Brückenbauer und lebenspraktische Vermittlungsinstanz gedacht.

Im September 2007 wurde erstmals unter dem Motto „**Brücken bauen – Unternehmen engagieren sich**“ ein niedersächsischer Unternehmensaktionstag durchgeführt. Diese interessante Variante von Unternehmensengagement wurde von der Landesregierung in Niedersachsen erstmals in der Region Braunschweig initiiert. Weitere Aktionstage finden zwischenzeitlich in Hannover und in Osnabrück statt.

Ganz aktuell wurde im März 2010 eine **kommunale Datenbank** im Internet eingerichtet. Darin sind die Ansprechpersonen zum bürgerschaftlichen Engagement in den niedersächsischen Kommunen zusammengefasst. Dieses Angebot hilft dabei, dass die zuständige Person in der Kommune bei Fragen zum bürgerschaftlichen Engagement ohne Umwege erreicht werden kann.

Zum Schluss möchte ich die landesweit gültige „**Ehrenamtskarte**“ erwähnen. Zusammen mit den kommunalen Spitzenverbänden hat die Landesregierung ein Konzept zur Einführung entwickelt. Um die Verbreitung der Ehrenamtskarten zu fördern, beteiligt sich die Landesregierung auch finanziell an der landesweiten Einführung. Bisher sind 27 Landkreise und kreisfreie Städte an dem Projekt beteiligt. Seit Dezember 2007 wurden 4.670 Ehrenamtskarten an herausragend Aktive verliehen.

Die Landesregierung wirbt gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden für die Einführung der Ehrenamtskarte, weil die Ehrenamtskarte ein Zeichen des Dankes und der Anerkennung für ein langjähriges und intensives bürgerschaftliches Engagement ist. Es ist somit ein weiterer Baustein der „Kultur der Anerkennung“ in Niedersachsen. Die damit verbundene Würdigung der erbrachten Leistungen der freiwillig Aktiven bietet landesweite Vergünstigungen beim Besuch städtischer und privater Einrichtungen und Veranstaltungen. Die Ehrenamtskarte stellt somit eine sinnvolle Ergänzung der bereits bestehenden Anerkennungsmaßnahmen dar. Sie soll als eine moderne Form des Ehrenzeichens das herausragende Engagement von Aktiven und die Nachhaltigkeit des Engagements würdigen.

Anrede,

die ehrenamtlich Tätigen entdecken Möglichkeiten und verfolgen Ziele, die unser aller Leben lebenswerter machen.

Sie stärken damit die Bindekräfte der Gesellschaft und fördern die Identifikationsmöglichkeiten mit der Gemeinde oder der Stadt. Bürgerschaftliches Engagement zu unterstützen bedeutet daher auch, die Attraktivität unserer Städte und Gemeinden zu stärken. Wo die Menschen ein Netz von sozialen Kontakten knüpfen können, wo sie am gemeindlichen oder städtischen Leben teilnehmen, dort fühlen sich die Bürgerinnen und Bürger angenommen, und dort werden sie gern wohnen bleiben. Gerade in Zeiten des demographischen Wandels ist dies ein nicht zu unterschätzender Wert. Insoweit ist die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements ein wichtiger Baustein zur sozialen Sicherung in der Gemeinde und der positiven Gestaltung der Zukunft.

Der Landkreis Diepholz und die kreisangehörige Gemeinde Stuhr gehören bisher noch nicht zu den teilnehmenden Kommunen. Die Entscheidung über die Beteiligung an dem Projekt liegt allein beim Landkreis und seinen kreisangehörigen Kommunen. Ich darf aber darauf verweisen, dass eine gemeinsame Aktion aller Landkreise und kreisfreien Städte in Niedersachsen die Anerkennungskultur für die Engagierten nachdrücklich stärkt und darüber hinaus auch das Interesse von weiteren Personen an der Aufnahme einer freiwilligen Tätigkeit weckt. Diese Aspekte sollten nicht unterschätzt werden.

Außerdem wird es für den Landkreis Diepholz und des kreisangehörigen Gemeinden zunehmend schwieriger, den Engagierten zu erklären, warum sie keine Ehrenamtskarten verliehen bekommen, aber Engagierte in den angrenzenden Landkreisen Oldenburg und Nienburg und im Landkreis Osnabrück sowie in Teilen des Landkreises Verden eine Ehrenamtskarte beantragen können. Demnächst werden in der Region Hannover und in der

Landeshauptstadt die ersten Karten verliehen. Und auch das Land Bremen möchte mit Niedersachsen zusammen eine gemeinsame Ehrenamtskarte ausgeben. Diese positive Entwicklung sollte für den Landkreis Diepholz Anlass für eine nochmalige Erörterung über die Teilnahme an dem Projekt sein. Ich würde eine Beteiligung sehr begrüßen.

Anrede,

wenn alle drei wesentlichen Bereiche der Gesellschaft, also Bürger, Staat und Wirtschaft, ihre gesellschaftspolitische Verantwortung wahrnehmen, dann hat unser Gemeinwesen ein starkes und dauerhaftes Fundament.

Und Sie, meine Damen und Herren hier in Stuhr, stehen mit Ihrem Einsatz für dieses starke Fundament, das wir im Interesse der nachfolgenden Generationen bewahren müssen. Für Ihren unermüdlichen Einsatz möchte ich Ihnen auch im Namen der Niedersächsischen Landesregierung nochmals danken.

Ich wünsche allen Engagierten in Stuhr und insbesondere den heute Ausgezeichneten weiterhin viel Freude und Erfolg bei der Ausübung ihrer wichtigen Tätigkeit.